

Trotz Schweigekartell: VDZI will, dass Probleme gelöst werden – damit das neue System für alle ein Erfolg wird

In seiner Stellungnahme zur jüngsten Anhörung im Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung des Bundestages schildert der VDZI die aktuellen Probleme und deren Auswirkungen auf die Dentallabore. ZT Zahntechnik Zeitung befragte dazu den VDZI-Generalsekretär Walter Winkler.



VDZI-Generalsekretär Walter Winkler fordert für die Branche einen Quantensprung zu mehr Information und Beratung des Patienten im neuen System durch Zahnärzte und Dentallabore.

ZT Am 16. März fand in Berlin eine Anhörung des Ausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung des Deutschen Bundestages statt. In welcher Form konnte der VDZI auf die Situation für Versicherte und Dentallabore, die seit dem 1.01.2005 entstanden ist, eingehen?

Zunächst: Der VDZI will den Erfolg des neuen Systems. Das erfordert schnelles und flexibles Handeln, um festgestellte Probleme aus dem Weg zu räumen. Adressat unserer Kritik sind daher die inneren Entscheidungsstellen im Gesundheitswesen. Dort hat der VDZI Druck gemacht. Gespräche in den letzten Wochen mit den Krankenkassen, der KZBV, dem Staatssekretär sowie im Ministerium im Beisein der Krankenkassen haben für die notwendige Aufmerksamkeit gesorgt. Dazu gehört auch die Anhörung am 16. März. Der VDZI hat zur öffentlichen Anhörung eine umfangreiche Stellungnahme eingereicht, die die Umsetzungsprobleme auf Seiten der Krankenkassen und der Zahnärzte klar benennt. Dazu gehörten auch die aktuellen Umfrageergebnisse bei den Laboratorien, die eindrucksvoll die negativen Wirkungen aufzeigen. Dennoch konnte der VDZI auf eine Frage des Abgeordneten Horst Schmiedbauer die aktuellen Probleme benennen und an die anwesenden Vertreter der KZBV und Krankenkassen für eine schnelle und flexible Beseitigung der dort vorhandenen Umsetzungsdefizite appellieren. Mehr ermöglicht eine solche Anhörung leider nicht, jedoch sind die Abgeordneten immerhin für das Thema sensibilisiert. Das wird weiter wirken. Aber weiterhin gilt, dass wir wollen, dass in den verantwortlichen Entscheidungsgremien gehandelt werden muss, um ein funktionierendes System zu ermöglichen. Das ist unser Ziel. Jede öffentliche Diskussion in den Publikumsmedien trägt die Gefahr in sich, dass die Patienten verunsichert werden. Das muss vermieden werden.

ZT Welche Reaktionen gab es von Seiten der Zahnärzte, Krankenkassenvertreter und Politiker?

Hier musste man mit einigem Erstaunen feststellen, dass die Vertreter der KZBV mit den Krankenkassen sich wohl auf eine Art öffentliches Schwei-

gekartell über die eigenen Fehler und Umsetzungsdefizite verständigt haben. Der KZBV-Vertreter verharmloste den Versorgungseinbruch als „kleine Delle“, leugnete sogar die feststellbaren faktischen Ausgrenzungen der Kombinationsversorgungen. Und der Vertreter der Krankenkasse behauptete gegenüber den Abgeordneten, dass Heil- und Kostenpläne innerhalb von fünf bis sechs Tagen genehmigt würden. Das hat mit einer realistischen Darstellung nichts mehr zu tun. Man stiehlt sich hier aus der Verantwortung. Das ist schlimm für die Betriebe und für die Zahnärzte an der Basis. Unsere Zahlen zeigen das Gegenteil. Wir sind nach allen Gesprächen mittlerweile sicher, dass diese, angesichts der objektiven Krise der Betriebe skandalösen öffentlichen Schutzbehauptungen von den wichtigen Gesundheitspolitikern oder dem Ministerium nicht mehr geglaubt werden. Das werden die Politiker nicht öffentlich sagen, weil das Thema auch für die Politik in Wahlkampfzeiten mehr als unangenehm ist. Es gilt aber, dass auch wenn dem VDZI öffentlich keine Rechte gibt, die vorgetragenen Fakten des VDZI sich als richtig erweisen werden. Wichtig bei all dem ist, dass der Druck des VDZI zu einer schnelleren Genehmigungspraxis führt, und dies zeichnet sich in den letzten Tagen auch ab – und darauf kommt es für die Betriebe an.

ZT Was sind die nächsten Schritte des VDZI?

Unsere Bemühungen, beim Ministerium und bei den Krankenkassen die Genehmigungspraxis zu beschleunigen, werden auf jeden Fall

ter. Es muss gelingen, das System schnell funktionsfähig zu machen.

Wichtig für die Alltagspraxis zwischen Zahnarzt und Laboratorien ist zweitens die Klarheit in der Abrechnung der Regelversorgung, der gleich- und andersartigen Versorgung. Hier haben die Betriebe in diesen Tagen die zwischen den Krankenkassen, der



„Preisabsenkungen um 5 % in 2003 und nun sollen die Betriebe wieder die Zeche für die Umsetzungsprobleme zahlen? Das kann und darf nicht sein“, so der VDZI in Berlin.

KZBV und dem VDZI abgestimmten Abrechnungsbeispiele erhalten. Wir gehen davon aus, dass dies die einheitliche Interpretation der Abrechnungsregeln fördert, was für den Erfolg des neuen Systems für Zahnarzt und Labor unverzichtbar ist.

Als dritten Punkt werden wir beim Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) für eine zügige Überprüfung der Befundstruktur und der Festzuschüsse mit eigenen Vorschlägen werben. Hier passt vieles nicht zusammen. Das heißt, es ist zu kompliziert und führt zu einer unverständlichen Bezuschussungspraxis. Das verunsichert die Patienten. Da-

Stellungnahme zur oben genannten Anhörung enthält wichtige Beiträge zu dieser Frage. Wir sind uns sicher, dass das Ministerium und die Krankenkassen an diesem Thema nicht vorbei kommen und in den nächsten Wochen selbst aktiv werden. Wir glauben, dass diese Beurteilung von der Mehrheit der Betriebe und wohl auch der Mehrheit der Zahnärzte, die mit diesem komplizierten System konfrontiert werden, geteilt wird. Das alles wird zum Erfolg des neuen Systems für alle beitragen.

Versorgung mit Kombinationsversorgungen in der GKV diskriminiert und damit das Ziel der Erhaltung des bisherigen Versorgungsniveaus verletzt. Wir sind im Gemeinsamen Bundesausschuss nicht antragsberechtigt. Dennoch werden wir unsere Möglichkeiten nutzen, um die Überprüfung zu beschleunigen. Auch unsere aktuelle

tem zwingend notwendig ist, dass Zahnärzte und Laboratorien vor Ort um das notwendige Vertrauen des Patienten werben, damit sie bei genehmigtem Heil- und Kostenplan diese Behandlung auch zeitnah durchführen lassen. Es gibt Hinweise darauf, dass die Patienten im neuen System unsicherer über die Behandlungskosten im Verhältnis zum Zuschuss geworden sind. Hier ist viel Raum, beim Patienten gemeinsam und selbstbewusst durch sachliche Information und Beratung Sicherheit und Vertrauen in den Nutzen und Wert der Behandlung mit modernem Zahnersatz zu fördern. Nur so werden die erweiterten Wahlmöglichkeiten des Patienten auch wirklich erfolgreich sein. Man kann es nicht oft genug betonen: Im Festzuschuss-System ist dies die eigentliche Herausforderung und zentrale unternehmerische Aufgabe der Systempartner Zahnarzt und Labor vor Ort.

bel an die Auftragslage anzupassen. Die leider erforderlichen Entlassungen gehen auf das Konto der Genehmigungspraxis der Kassen. Das Liquiditätsproblem sollte schnell und vorausschauend mit dem Steuerberater analysiert, der Finanzbedarf ermittelt und mit den Hausbanken besprochen werden. Hier ist es bei Problemen sehr hilfreich, Berater der Handwerkskammern einzuschalten, die für besonders notleidende Betriebe auch über die Chancen zinsverbilligter Liquiditätskredite, zum Beispiel über Bürgschaftsbanken, beraten können. Jedoch wird man sich hier auf längere Antragszeiten einrichten müssen. Darüber hinaus wird der VDZI aber die Betriebe vor Ort mittelfristig bei ihrer Hauptaufgabe, Wert und Nutzen ihrer herausragenden Leistungen gegenüber dem Patienten besser zu verdeutlichen, mehr unterstützen als bisher. Dies wird eine marktpolitische Grundsatzentscheidung sein, die auf neue Finanzierungssäulen gestellt werden muss. Im ersten Schritt darf etwa die Patientenbroschüre „Zahnersatz aktuell – Versorgung im Vergleich“, die das Kuratorium perfekter Zahnersatz für uns entwickelt hat, bei keinem Kostenvoranschlag mehr fehlen. Anfang April wird in der Süddeutschen Zeitung eine 48-seitige Beilage rund um das Thema Zahn veröffentlicht, finanziert von der Initiative proDente und somit auch vom VDZI. Die Informations- und Beratungsmittel der Initiative proDente sind für jeden Zahnarzt und für jedes Labor erhältlich. Das sollte von allen stärker genutzt werden. Und der VDZI wird in diesen Wochen mit weiteren Partnern über eine Stärkung der öffentlichkeitswirksamen Patienteninformation und imagebildenden Information seitens der zahn-technischen Meisterbetriebe sprechen. Praxisnahe Informationskonzepte, die vom einzelnen Betrieb oder von Gemeinschaftsinitiativen ortsnah umzusetzen sind, stehen hier im Vordergrund. Zahnersatz steht heute in unmittelbarer Konkurrenz zum schönen Urlaub oder der steigenden Heizkostenrechnung. Die Vermittlung von Wert, Nutzen und Preiswürdigkeit der Leistungen von Zahnarzt und Labor muss gemeinsam und vor Ort erfolgen. Das werden wir dauerhaft unterstützen. Der Erfolg hängt aber vom Einzelnen ab. **ZT**

ZT Welche Maßnahmen kann der VDZI den Betriebsinhabern anraten? Ab wann kann mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Labore gerechnet werden?

Der VDZI bemüht sich weiter um die Verbesserung der Rahmenbedingungen. Für eine Verbesserung der Genehmigungspraxis haben wir erfolgreich viel Druck gemacht. Die Klarheit in den Abrechnungsregeln haben wir durch die gemeinsam erarbeiteten Abrechnungsbeispiele verbessert. Diese sind den Betrieben nun zur Verfügung gestellt. Die Verbesserung der Befund-

ZT Sieht der VDZI nach der Anhörung vom 16. März die Möglichkeit einer Veränderung bzw. Verbesserung des Systems und bis wann kann damit gerechnet werden?

Das erste Etappenziel ist weitgehend erreicht. Die Genehmigungspraxis wird sich merklich beschleunigen. Das ist für die Verbesserung der Auftragslage unverzichtbar. Das ist ein kleiner Teilerfolg der frühzeitigen Interventionen des VDZI. Wir können die zeitlichen Vorstellungen des GBA zur Veränderung von Befundstruktur und Festzuschüsse nicht beeinflussen. Wir sind hier nicht entscheidungsbefugt, das heißt wir können nur an die Verantwortung der Krankenkassen und der KZBV appellieren. Wir sind aber jederzeit vorbereitet, unsere Analysen gehen weiter und unsere Vorschläge werden kommen. Hier rechnen wir mit ersten Einladungen zur Anhörung in der Arbeitsgruppe im Gemeinsamen Bundesausschuss im April. Man darf aber eines für die Zukunft nicht übersehen: Politisch können auf diesem Wege nur die geltenden Rahmenbedingungen verbessert werden. Darüber hinaus ist aber bei allen Überlegungen wichtig zu erkennen, dass es in einem Festzuschuss-System mehr als im vorherigen Sys-

ANZEIGE



struktur und der Zuschüsse werden wir gegenüber dem GBA weiter fordern und entsprechende Vorschläge einbringen. Das wird aber sicherlich erst von den antragsberechtigten Parteien der Krankenkassen und Zahnärzte im Laufe der nächsten Monate diskutiert werden. Den Betrieben ist realistischerweise zu raten, die Kostenstrukturen zu prüfen und das Personal flexi-

ZT Schreiben Sie uns!

Ihnen brennt ein Thema unter den Nägeln? Sie möchten den Berufskollegen Ihre ganz persönlichen Erfahrungen und Ansichten näher bringen, zur allgemeinen Diskussion anregen oder unserer Redaktion einfach nur Feedback geben? Dann schreiben Sie uns! Schicken Sie uns Ihre Meinung an folgende Adresse:

Redaktion ZT Zahntechnik Zeitung
Stichwort „Leserbriefe“
Oemus Media AG
Holbeinstraße 29
04229 Leipzig
Fax: 03 41/4 84 74-2 90
E-Mail: c.sens@oemus-media.de



ANZEIGE

Unser ABC
der Artikulatoren

Drei Namen für drei Gerätefamilien

ATOMIC

BALANCE

COMBITEC

IDS 2005 Halle 13.1 Stand 1001

Weitere Infos? Katalog?
Tel: +49 03 9 92 69-0
Tel: +49 03 9 29 92 83
E-Mail: info@hager-werken.de
Internet: www.hager-werken.de
Postfach 100554 • D-47006 Duisburg

HÄGER WERKEN
Zahn- und Gebissmodellbau
Dental- und Labortechnik

weitergehen. Für April ist ein weiteres Klärungstreffen mit den Krankenkassen im Ministerium vereinbart worden. Die Gespräche mit den Kassen gehen auf bilateralem Wege wei-

her muss schnell gehandelt werden, wenn man eine Normalisierung der Versorgung erreichen möchte. Hier ist insbesondere die Befundklasse 3 zu nennen, die die bisherige